

**Tageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftsberater, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Dingen

Zweigpreis für den Monat ist 10 M., (halbmonatlich 1 M.); durch die Post bezogen monatlich 2 M. (ohne Ausstellungsgeldühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Gemisch-Sammelnummer 14193 / Postgeschäftsamt Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Schriftleitung; Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Herausgebt: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanstalt: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Dienstagabend 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Zweigpreis: Die neuromal gesetzte Sonntagsausgabe über deren Raum 0,30 M., für Familien angezeigt 0,30 M., für die Reformärzte anzuheben um den dreigesetzten Zeitungssteil 1,25 M. Einzelnen-Ausnahme liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstrasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ schreibt möglich außer an Sohn- und Brüderlagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Erreichung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreis-

2. Jahrgang

Mittwoch, den 10. November 1926

Nummer 251

# Ein GND-Dolchstoß gegen die Erwerbslosen

Der Reichsarbeitsminister lehnt die Beschlüsse des Reichstags auf 30prozentige Erhöhung ab - die Sozialdemokratie spricht ihm dafür das Vertrauen aus Arbeiter, gebt ihnen am kommenden Sonntag die gebührende Antwort: Wählt nur Kommunisten!

# Romödie über Klassenkampf?

#### Der neue Zauberg und die jüdische Arbeiterschaft

9. Im 31. Oktober löste sich die ganze parlamentarische  
Gesellschaft, auf deren Gipfel sich die Regierung der Held-  
kästen während der vergangenen Jahre ein künstlich ver-  
längertes Leben geschaffen hatte, unplötzlich in Wohlgefallen  
zu. Die glatte Hölle der ihnen im alten Landtag zur Ver-  
fügung stehenden Mandate ging verloren. Allparteien, Demo-  
kraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale vermochten  
nur noch Parlamentsstühle von den bisherigen 89 zu  
nehmen. Gründlicher als durch dieses Wahlergebnis könnte der  
erfolglose Versuch der bürgerlichen Demokratie — Marx: „Der  
Willen des Volkes ist oberstes Gesetz“ — gar nicht zerstört werden.  
Zum neuen „Willen des Volkes“ wie er sich am 31. Oktober in  
Sachsen gegen das bisherige Regierungssystem unweidestig  
machte, bekundet ja schon längst Niemand zweifelte daran, daß  
ein leidiges Soium der Wählerlichkeit bevorstand. Und trotzdem  
wollten alle siebenzig bürgerlichen Partien, die sich sonst nicht  
mehr mit „Demokratie“ tun konnten, die kommunistischen An-  
griffe auf Landtagsauflösung immer wieder ab. Künstlich ver-  
längerten sie einen Zustand, wo — wie jedermann wußte —  
„des Volkes Wille“ im dichten Gegenlach zu den be-  
lebenden Nachtreibaktionen stand.

Was heute? So vernichtend die Niederlage der Koalitions-  
parteien aussießt, so wenig denken sie daran, von der Bildfläche  
zu verschwinden. Im Gegenteil: Der Zusammritt des neuen  
Kabinetts — und damit der Rücktritt der Heldt-Regierung, die  
in ihm zunächst nur eine kleine Minderheit von Abgeordneten  
habt sich bat — wird solange wie möglich hinausgeschoben. Die  
eine Antwort, welche die Koalitionsregierung, deren Parteien  
sich alle auf die allein seligmachende bürgerliche Demokratie  
eingeschworen sind, auf die furchtbare zerschmetternde Abjage  
des "Volkswillens" an ihr Regime erzielte, war — die Er-  
klärung, daß sie mindestens noch 4 Wochen weiter zu amtieren  
gewollt. Das Ziel dieser Berichterstattungspolitik ist ohne Zweifel:  
Zeit zu gewinnen, Gras über das Volksgericht vom 31. Oktober  
wachsen zu lassen, um inzwischen einen neuen Koalitionsschaden  
herbeizuführen. Der Erfolg wird freilich ein anderer sein: Auch dieses Schauspiel wird die Werttätigen Sachens und  
vieler Illusionen über die Demokratie des Gesetzes ärmern!

Oder ist es vielleicht nicht das Wesen der bürgerlichen Demokratie, das hier keine gründende Kraft zeigt? Sind es vielleicht nur einige einzelne Politifalter — die Heldt und Rommel — die sich hier vergreifen? Bleibt das System davon unberührt? Wird alles besser werden, wenn die 4 Knoblauchszenen der Heldt-Regierung abgelaufen sind und der neue Landtag zusammentritt? Man vergleiche einmal das, was am 21. Oktober geschah, mit dem, was im neuen Landtag — solange er existiert — geschehen wird.

Die Übereinstimmung zeigte den Bankrott der bürgerlichen Regierungskunst. 426 000 Wähler allein aus den großbürgerlichen Regierungsparteien marschierten ab, ungezahnt die Breche, die die Kommunisten in die offiziellstaatlich-loyaldemokratische Schule manet der Bourgeoisie schlugen. Als jene Wählermassen aus Kleinstbürgertum und Bauernschaft, unteren Beamten und anderen Teilen des Mittelstandes ihrer bisherigen Führung den Deutchnationalen, der Volkspartei und den Demokraten am Wahlgang den Laufpass gaben — haben sie da am Ende „gewollt“, doch — nach eintgem hin und her — zum guten Schluss alles beim alten bleiben lolle? Sie wollten es nicht. Sie wollten brechen mit dem System, das sie ausplünderte und unterdrückte! Datum gingen sie hin und wählen — die *Wirtschaftspartei*, die vorgeschobene Filiale der Deutchnationalen, die „Aufklärungspartei“, die ihnen alles versprochen hat und nichts halten wird, oder die völkischen Abenteurer. Sie wollten ändern und wählten Parteien, deren Mandatsstärke im kommenden Landtag verhindert, daß jetzt etwas anders wird. Wir brauchen heute nicht viel zu überlegen, wie so das ja ist. Wie so diese revolutionären Mittelräder, die unzufrieden geworbenen kleinen Kaufleute, die verblüfften, ausgeplünderten Rentner, die hungernden Beamtenmittern, die vom Kapital auf den Aussterber-Tat gelegten Handwerker, furs, die ganze Armee des verelendeten Mittelstandes, noch nicht zur Arbeiterklasse als ihrer natürlichen Führer werden sind. Es ist ja. Und diese Tatsache legt uns Kommunisten die Waffe auf, mit verdoppelten Kräften, als Vorhut der Arbeiterklasse ansteck, die breite Schicht des gesammelten kleinen Volles um den führenden Kern des Industrieproletariats, als der Körner, bewußtesten, bis zum Ende revolutionären Klafts zusammenzuholen. Die Enttäuschung, die diesen verfeindeten Volkschichten seitens der neuaufgetauchten kleinstbürgerschen „Hilfsparteien“ des Großkapitals vom Schlag der Wirtschaftspartei bevorsticht, wird unsere Aufklärungsarbeit erleichtern. Aber die Tatsache, daß sie heute noch nicht aufgetaucht, noch nicht bewußte Verbündete der Arbeiterklasse noch nicht: Anhänger des Sozialismus sind — diese Tatsache lehrt uns daran, daß sie schon heute durch die sonstige Demokratie des aufgezehrten Bauches, durch den „idealen“ Parlamentarismus des „freisten Staates der Welt“ um das gezwungen werden sollen, was sie schon heute wollen; denn sie ist im System!

# **Erfurter Stoffennot als Kuhhandel**

Eine tolle Komödie und unerhörte Probation

sozialdemokratischen Anträge angekündigt hat dennoch positiv ihr Vertrauen aussprechen.

All das Gerede von der Erwerbslosenfreundlichkeit der SPD-Führer entblößt sich hier als Demagogie. Für sozialdemokratische Führer sind die Erwerbslosen genau so wie für die Deutähnischen am Tage zuvor nur Hindernisse auf dem politischen Schachbrett zur Errichtung der Großen Koalition. Das werden die Arbeiter versozialdemokratischen Führerschaft nie vergessen. Und es ist kein Wunder, daß die bürgerliche Demokratie am 9. November 1929, also am Tage des achtjährigen Bestehens der deutschen demokratischen Republik, sich als elende Hurelei und Schwindel entlarvt.

diesen Beschluss maßgebend. Die Deutschnationalen stimmten für diesen Antrag, um einerseits der Regierung Schwierigkeiten zu machen und ihren Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu festigen, andererseits, um die Sozialdemokratie, die sich mit der Regierung eng verbunden fühlt und sie nicht stützen will, in Verlegenheit zu bringen. Durch diese Komödie haben sich die Schleber parlamentarischer Mehrheiten vor die Frage gestellt, Zeit für neue Auktionateien zu gewinnen. Nach verschiedenen Schwierigkeiten gelang dies. Die Sitzung wurde abgebrochen. Neuer Auktionat begann.

In der Sitzung vom 9. November erklärt der Reichsarbeitsminister Dr. Braun's die Reichstagsbeschlüsse in der Erwerbslosenfrage für nicht maßgebend. Die Regierung lasse sich nicht durch die „Beschlüsse“ stören. Es habe sich um eine fiktive Abstimmung gehandelt. Eine wirkliche Mehrheit zugunsten der Erwerbslosen sei nicht vorhanden. So feierte der schwartz-rot-goldene Arbeitsminister die „demokratische Republik“. Und die Regierung, die auf die Beschlüsse des „demokratischen Parlaments“ dieser deutschen „demokratischen Republik“ pfeift, hat bereits in Verbindung mit dem reaktionären Reichsrat auf dem Vortordnungsweg eine bloß zehn- bzw. fünfzehnprozentige „Erhöhung“ der Erwerbslosenjäge festgesetzt. Die Regierungsparteien versuchen mit allen Mitteln, ihre bedrohte Regierung zu entlasten. Es gelingt nicht. Die Mehrheit des Reichstages ist gegen die Regierung. Eine Reihe Beschlüsse zugunsten der Erwerbslosen werden gefaßt, wobei die Regierungsparteien sich an den Abstimmungen nicht beteiligen. Nun kommt der kommunistische Misstrauensantrag zur Abstimmung. Jetzt handelt es sich darum, Farbe zu belennen. Und, wie in hundert Fällen, finden sich Zofaien des Kapitols bereit, dem reaktionären Arbeitsminister beizustehen.

Die Sozialdemokratie entblödet sich nicht, demselben Reaktionär Brauns, der jüher die deutscher Bergewaltigung der Erwerbslosen, die diktatorische Richterführung der vom Reichstag beschlossenen

begriffen haben. Ja, auch selbst unter der Arbeiterschaft noch viele falsche, trügerische Hoffnungen auf irgendwie beherrschtes Geschäft der Demokratie, gegenbeinen Ausweg mit dem Stimmzettel unter der sozialistischen Regierung bestanden und bestehen. Die trügerischen Hoffnungen würde die praktische Erfahrung, die praktische Verfolgung einer solchen sozialdemokratischen Regierung

Obwohl brauchen im Lande die große Überraschung der Mäkin aus den Reihen der Koalition unvermeidlich den „Willen des Volkes“ fundet, einen anderen Weg einzuschlagen und obwohl der letzte Bericht diesen Weg „parlamentarisch“ zu beschreiten, eben nur jene SPD-Regierung hätte sein können, haben wir heute vor der Tatfrage, daß der Landtag den „Gesetzes“ nicht stimmen kann, die beiden Parteien

Sie haben den Heldt und Konsorten den verdienten Auftritt gegeben: Nicht den bantkötten Versionen allein, sondern dem ganzen System dieser bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, wie sie seit Jahren auf den Schultern der Werktätigen Sachsen ihr trauriges Handwerk ausüben konnte. Kann nun der neue Landtag Abhilfe schaffen? Es kann es nicht: Dann der Buntfriedenspolitik gegenüber den Nationalisierungen in den Gewerkschaften, die die Linksextremistischen Führer Sachsen auf "höheren Befehl" durch lange Monate beitreiben konnten die Dresdner Wohnung nicht völlig verschlängelt werden und retteten aus ihrem Zusammenbruch jene 4 Sätze, die selbst den spätesten Versuch mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Beteiligung der Kommunisten von vornherein unmöglich machen. Mit Kommunisten haben ein solches Projekt von vornherein ohne alle Illusionen betrachtet und vor der breitesten Öffentlichkeit jedes verwirrenden "Glanzes" entkleidet. Wir sagten deutlich, daß wir uns bewußt sind, auch eine solche Regierung im bürgerlichen Stile verhindern und die Aoi und Elend beseitigen, willkühne, blödende Abhilfe schaffen, und einen Ausweg aus der unlösbarsten Krise der bürgerlichen Gesellschaft durch irgendwelche Regierungslösungen zuweisen bringen. Wir sagten deutlich, daß dies alles nur die soziale Umwidmung, nur der Sturz des ganzen Systems, nur die Herrlichkeit der Werktätigen vollbringen könne. Aber wir wussten auch — will sagen es heute — daß noch nicht die ganzen breiten Volksmassen, deren Werk die Betriebsrat sein mag, diesen Weg der Revolution aus den einzlig erfolgreichen

reiter "Bolschewismus" möchte zugeben, daß ein solcher Versuch Kommunisten und Nationalsozialisten unter einen Hut zu bringen, ein außergewöhnliches Unternehmen sei. Die starke Abstimmung der Kommunisten als eine solche Bevölkerungsmehrheit wird für keinen Zweck unerwünscht oder unerwünscht sein.

Kommt ein solches Angebot doch zustande, so wird die Gewerkschaftsfrage der linksozialistischen Führer am anderen SPÖ-Arbeitsmarkt die Augen öffnen, aber kein einziger sozialer Arbeitnehmer wird es den Kommunisten verdenken, daß sie sich bedanken, in diesem traurigen Bunde der Dritte zu sein! Der linksozialdemokratische Ministerpräsident, der im Landtag etwas zur Wahl gestellt werden würde, müßte nur zu bald Farbe bekennen. Es ist klar, daß ein Regierungsprogramm, auf die Nationalsozialisten eingespielt, nicht eine Stunde lang die Tüldung der Kommunisten standhalten würde!

Es gibt es nichts, was der Landtag den breiten Massen der Weltländer Sachebleiben könnte, wenn nicht das traurige Komödienstück, das Paul Lepsi der jüdischen SPÖ anempfiehlt. Es kann in diesem Landtag nur das Eine geboten werden, worum der Schaden zwischen Dresden und Berlin, Leipzig und Chemnitz längst gegangen hat: Die Große Koalition unter dem Siegel des Großkapitals nach dem Rezept des Silberberg einerseits und des SPÖ-Nationalen andererseits. Das geplante "Beamtenkabinett" wäre nur die Voraussetzung für diese Lösung.

Diesen "Ausweg" aus dem Bankrott der parlamentarischen Auswege möglichst wollen die Massen nicht! Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen ihn ebenso wenig wie die Kommunisten. Auch die Empörung der Mittelschichten wird mit dieser Weise keine Befriedigung finden!

Was also tun?

Komödie spielen? Das kann nicht das Rechte sein! Die Massen müssen den Ausweg dort suchen, wo sie mächtig sind — und nicht die Landtagsabgeordneten; an der Front des antikommunistischen Kampfes! In den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Gemeinden, auf den Straßen — überall dort, wo die Massen sind, dort ist das Schlachtfeld, auf dem der Weg gefunden werden, erkläre ich werden kann! Sozialdemokratische Arbeiter, schließe diese Front!

Helft euren kommunalpolitischen Klassenbrüder, die Gewerkschaften den bankrotten Negativen vom Tag des 23. abzuringen! Helft ihnen, den Kongress der Weltländer zu einem machtvollen Aufmarsch der roten Klassenfront zu gestalten! Und auch ihr, Ausgebote des Mittelstandes, herau! Auch ihr müßt an der Seite der Arbeiterklasse gegen das Ausbeutertum im Kampf stehen!

Dann, wenn die Front geschlossen ist, dann wird auch der Landtag mit seinem Komödienstück und mit seinem Schaden der Euch um euren Willen betrügen soll, bald der Vergangenheit angehören. Die Wahrheit wird frei sein für euren, für unseren Weg zum Sieg!

## Die große Koalition morfötert

Berlin, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.)

Die "Bolschische Zeitung" meldet, daß sich gestern eine ganze Anzahl von Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten über die Krise des Amtshundertages unterhalten haben. Nach der "Bolschischen Zeitung" kam über einstimmend die Auffassung zum Ausdruck, daß in allen diesen Fragen ein kleinerer Erfolg erzielt werden könnte, wenn die SPD nicht mehr außerhalb der Regierung käme.

## Die Landsberger Feuerprozeßkomödie

Im Landsberger Feuerprozeß beantragte am Montag der Nebenkläger die Löschung von Goehler und Seeser als Zeugen. Der Antrag verließ selbstverständlich erneut den Ablehnung. Der erste Tag der Verhandlungen zeigte bereits, daß das Gericht nicht gewillt ist, in den Hintergrund des Feuerprozeßfalls hineinzulooken. Der angeklagte Peumant kann, der schon im vorigen Prozeß fast alle Beklagerungen gegen den Oberleutnant Schulz zurückgeworfen, füllt diesmal weiter ermuntert, vollständig um. Der Vorsteher legte ihm durch die Fragen die Antworten in den Mund. Im Verlauf der Verhandlung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Vorsteher und dem Rechtsanwalt Löwenthal als Vertreter des Nebenklägers. Der Vorsteher verhinderte den Nebenkläger an der Fragestellung. Die plumpen Befürerbarmethoden des Vorstehernden verbündeten nicht, daß die Mordanklage des Oberleutnants Schulz immer stärker zulag. In der Nachhaltigkeitsprüfung erholt die Verantwortung des Zeugen und Nebenklägers Gödike. Der Zeuge existiert sich bestimmt, daß Klapproth ihm mit einem Taschläger niedergegeschlagen hat. Die Befreiung der Angeklagten lädt die Grausamkeit des Zeugen zu erschlüpfen. Darauf werden die Verhandlungen vertagt.

## Bürgerkriegsübungen in Thüringen

Weimar, 8. November. (Eigener Drahtbericht.)

Am 21. Oktober fand bei Büdendorf ein Kriegsspiel der Reichswehr statt, an dem auch Stahlhelmlieute teilnahmen, denen ein Leutnant der Reichswehr eine Reihe von Übungen vorführte, wobei 2 Maschinengewehre nicht fehlten. Auf besonderen Befehl Sattlers nahm auch eine Abteilung der Thüringer Landespolizei an den Bürgerkriegsübungen der Reichswehr und des Stahlhelms teil.

## Nachmachen!

Das Sport- und Bildungsamt Wien veranstaltete einen Rundabend unter Mitwirkung der verschiedensten Arbeiterorganisationen und überwieg vom Reinertrag 100 Mark der Internationalen Arbeiterhilfe für die englischen Bergarbeiter.

Der Wiener Sportverein G. kommt anlässlich seines Gründungsfestes 10.50 M. für die englischen Bergarbeiter.

Die Arbeiter der mechanischen Werftstadt Richard Rossmann überreichten von ihren Trinkgeldern des JAH 16 M. für die englischen Bergarbeiter.

Der Arbeiterzehngverein G. veranstaltete anlässlich seines Stiftungsfestes eine Sammlung für die englischen Bergarbeiter und überwies den Betrag von 17.02 M. der JAH.

Den Beispielen der Wiener Organisationen müssen alle Sportorganisationen des Bezirks Ottakring folgen.

noch die Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!

## Mussolinis Terrorgefahr beschlossen

Rom, 10. November. (Telefon.)

Die außerordentliche Parlamentssitzung am Dienstag verließ ohne jeden Zwischenfall. Die Abgeordneten, die fast alle in schwarzen Hemden erschienen waren, bereiteten Mussolini eine Quassel. Die Opposition war nicht anwesend. Das Parlament ging dann zur Abstimmung über das von dem Minister Rocco ausgearbeitete Gesetz zum Schutz des Staates über. Dieser wurde über den Dringlichkeitsantrag des Generalsekretärs der faschistischen Partei Turati, der den Verlust der Mandate für die Abgeordneten der Anarchisten und Kommunisten beansprucht hatte, abgestimmt. Von 313 anwesenden Abgeordneten stimmten für das Gesetz zum Schutz des Staates 295 und 8 dagegen, für den Dringlichkeitsantrag Turati stimmten 293 dafür und 10 dagegen.

## Kleine Nachrichten

100 Tote als Opfer der Tsunami-Katastrophe. Wie aus Rom gemeldet wird, sind der Tsunami-Katastrophe auf der Philippinen-Insel Luzon nach den bisherigen Ermittlungen mehr als 300 Personen zum Opfer gefallen. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Dollar.

Eisenbahngüterzug aus Brasilien wird gemeldet, daß am 8. November abends gegen 7.30 Uhr zwischen den Bahnhöfen Teoboro-Gierdau und Guadalupe eine Lokomotive auf den Güterzug 8797 aufgefahren ist. Ein Schaffner wurde getötet. Ein Passagier und vier Zugbeamte wurden verwundet. Viele Lokomotiven wurden schwer beschädigt und 5 Wagen teilweise zerstört. Angeblich sollen die betrieblichen Vorstufen nicht ausreichend beachtet worden sein.

# Reichstag und Erwerbslose

Parlamentarisches Auffentheater und brutale Regierungsdiktatur

Sonderverfügung des Reichstags

## Die Montagsfahrt

Der Sozialdemokrat Braun erhielt den Aufschlußbericht. Der Hauptausdruck hat die günstigeren Beschlüsse des Sozialdemokratischen Ausschusses abgeschaut. Gebühren ist lediglich eine Erhöhung der Unterstützungsabgabe für Erwerbslose um 10 bzw. 15 Prozent und um den vollen Zuschlag für das vierte Kind.

Gnossé Rödel

spricht für die Kommunistische Partei: Die Bedürftigkeitsprüfung ist derzeit unhalbar geworden, daß sie unter allen Umständen fallen muß. Der Missbrauch, den die Behörden bei der Bedürftigkeitsprüfung, ist ein direkter Standart. Sehr häufig kommen Fälle vor, wo ein Erwerbsloser die Unterstützung geltend erhält, weil ein anderer Familienmitglied noch in Arbeit steht. Die Pflichtarbeit ist geradezu zu einem Verbrechen geworden. Unrechte soziale Forderung ist deshalb:

Schluss mit jeder Pflichtarbeit!

Schluss mit jeder Bedürftigkeitsprüfung!

Gnossé Arondsee tritt mit aller Schärfe für die Einbeziehung der Jugendlichen in die Erwerbslosenfürsorge ein. Es ist ein Hohn, sich für die geistige und berufliche Ausbildung der erwerbslosen Jugendlichen einzuhaken, wenn man ihnen gleichzeitig das Recht zum Leben verweigert.

Bei der Abstimmung ergibt sich, daß nur die Kommunisten für die bekannten Forderungen der Erwerbslosen eintraten. Dazu kommt zwischendurch die kommunistische Anträge auf Er-



Leipart: „Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder bestätigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so festgestellt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte.“

Abstimmung der Erwerbslosenunterstützung um 10 Prozent zur Abstimmung. Dafür stimmen nur die Kommunisten.

Während die sozialdemokratische Fraktion im Sozialpolitischen Ausschuß sich noch für eine 50prozentige Erhöhung ausgeschlossen hat, liegen die Sozialdemokraten im Plenum des Reichstags diese alten, neuen und ehrlichkeit Forderungen der Erwerbslosen

im Stich!

In nomenklatorischer Abstimmung wird dann zur allgemeinen Abstimmung ein Antrag, der die Unterstützungsabgabe für Erwerbslose um 20 Prozent und die Familiensatzungen um 20 Prozent erhöhen will, bei acht Stimmenenthaltungen mit 205 gegen 141 angenommen.

Außer Kommunisten und Sozialdemokraten stimmen für diesen Antrag auch die Deutschnationalen und Börsen-

Reichsvertriebsminister Braun gibt zu dieser Abstimmung eine Erklärung ab, in der er betont, daß die

Reichsregierung diesen Beschuß nicht durchführen könne und werde.

Die Kommunisten rufen ihm zu: Zurücktreten!

Nun kommt eine Reihe von Erklärungen der verschiedenen Parteien: Für die Deutschnationalen liegt Graf Weizsäcker eindeutig, die Deutschnationalen hören für die Erwerbslosenforderungen in Höhe von 20 Prozent nicht gestimmt. Um den Erwerbslosen zu helfen, sondern um der Regierung Schwierigkeiten zu machen. (Viele Proteste gegen die Deutschnationalen Proklamation.)

Der Sozialdemokrat Hoch meint sich gegen den deutschnationalen Schulatismus; man merkt aber seinen Ausführungen an, daß die SPD wegen der Annahme ihres eigenen Entwurfes leicht verlegen ist.

Gnossé Stoerzer als Vertreter der Kommunisten sieht als einziger die klare Konsequenz: Wir halten es für selbstverständlich, daß die Deutschnationalen, nachdem sie für die Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen um 20 Prozent eingetreten sind, nun auch die notigen Mittel dazu bewilligen. Wir Kommunisten haben dazu Vorschläge gemacht.

Sollten die Deutschnationalen das ablehnen, und sollten die Erwerbslosen das Opfer dieses parlamentarischen Schachters werden, so werden wir dafür sorgen, daß die ganze Entrüstung der Massen sich gegen das verlogene Spiel der Deutschnationalen richtet.

Abgeordneter Eißler vom Zenitum findet den „Zwischenfall“ viel bedauerlich, weist aber seinen Rat, um die parlamentarische Mehrheit und die Regierung aus der Schlinge zu ziehen.

Nachdem einige Verschleppungsversuche der Regierungsparteien gelöschert sind, verlassen diese die Sitzung, so daß die Abstimmung unter Auschaltung der Erwerbslosenfrage findet 10 Minuten später statt.

## Die zweite Montagsfahrt

Nach Erledigung einiger leichterer Vorlagen kommt es erneut zu einer Gesetzesordnungsdebatte, bei der festgestellt wird, daß der Beratungstisch den Regierungsvorschlag auf Beratungstisch den Regierungsvorschlag vor. Darauf

Gnossé Stoerzer

erneut, daß als erster Punkt am Dienstag die Beratungen über die Gewerkschaftsfragen fortgesetzt werden. Fünf Monate lang habe man die Erwerbslosen verachtet, und jetzt sollte die Regierung auf ungewisse Zeit verzögert werden, weil die Regierung sich weigerte, den von uns angekündigten zulässigen Gewerkschaftsaufstand um 20 Prozent durchzuführen. Die Re-

gierung Marx-Braun-Böhler sollte entweder den Reichstag beschließen durchzuführen, oder aber ihren Rücktritt erklären. (Sind aber jetzt die

## Auflösung des Reichstages,

des feinstenwegs der Stimmung der werktätigen Massen Deutschland entsprechen. Man sollte den werktätigen Massen Gelegenheit in einer Reichstagswahl zur Frage der Erwerbslosenfrage in einer fürchtenhaften Stellung zu nehmen.

Hermann Müller von der Sozialdemokratie wendet sich gegen die Auflösung der Erwerbslosenfrage und fordert die Regierung auf, die Ausordnung der nächsten Sitzung. Erst nach wiederholter Debatte, in der die Kommunisten noch zweimal auf die Notwendigkeit hinzuwirken, stimmt schließlich die Sozialdemokratie dem kommunistischen Antrage zu. Da auch die Deutschnationalen zu stimmen zustimmen, wird mit Rücksicht auf die Deutschnationalen die Erwerbslosenfrage am Dienstag, den 9. November weiterverberaten.

## Die Dienstagsfahrt

In der Reichstagsitzung vom 9. November gab zur Erwerbslosenfrage der Arbeitsminister Braun eine ungewöhnlich provokatorische Erklärung ab: Die Regierung holte sich nicht für verpflichtet, die Beschlüsse des Reichstags vom 8. November durchzuführen, da sie auf Demagogie zurückzuführen seien. Die Regierung werde ohne Reichstag in Verbindung mit dem Reichsrat eine soziale und funktionspolitisches Erhöhung der Erwerbslosenfrage durchführen. Die Reichsregierung ausdrücklich hätte zugestimmt, die Verordnung sei bereits herausgegeben. Eine Reihe von weiteren Gesetzen und Verordnungen zugunsten der Erwerbslosen seien in Bearbeitung.

Der Volksarbeiter Dr. Scholz erklärt sich im Namen der Regierungsparteien für die Haltung der Reichsregierung zu bekräftigen. Beifragung der Weiterberatung.

Hermann Müller (SPD) erklärt sich zwar noch für Durchführung der Reichstagsbeschlüsse, versichert aber zugleich, die Sozialdemokratie lehne es ab, dem Arbeitsminister das Misstrauen aussprechen zu lassen.

Gnossé Rödel

spricht für die kommunistische Fraktion gegen die Verzogung und kündigt dem Arbeitsminister den härtesten Kampf des Proletariats an. Der Reichstag darf sich die Provokation der Regierung nicht gefallen lassen, die in der Rede des Arbeitsministers zum Ausdruck gekommen ist. Die Rede kennzeichnet, zumal für am 9. November, den Geburtstag der deutschen Republik und der deutschen Demag — Demagogie, gehalten ist, den Charakter dieser Republik. Denn diese Vergewaltigung der Demagogie durch die berufsmäßigen Debatoren, ist ein Hohn auf die Not der Erwerbslosen. Die kommunistische Fraktion legt ihre Auffassung in folgender Erklärung nieder, die hiermit der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird:

Die kommunistische Fraktion protestiert auf das Schriftstück gegen die Reichsregierung, die vom Reichstag vom 8. November 1928 gefassten Beschlüsse durch die Reichsregierung verhindert werden, um die Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder bestätigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so festgestellt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte. Die Reichsregierung verlangt eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge um 20 Prozent zur Abstimmung. Dafür stimmen nur die Kommunisten.

Während die sozialdemokratische Fraktion im Sozialpolitischen Ausschuß sich noch für eine 50prozentige Erhöhung ausgeschlossen hat, liegen die Sozialdemokraten im Plenum des Reichstags diese alten, neuen und ehrlichen Forderungen der Erwerbslosen

im Stich!

Die Reichsregierung, die nicht gewillt ist, dem Reichsbeschlüssen des Reichstags nachzukommen, muß unbedingt weichen müssen. Der Reichstag, der zuletzt imstande ist, die berechtigten Forderungen der werktätigen Massen zu erfüllen, muß sofort aufgefordert werden. Die kommunistische Fraktion ruft deshalb die werktätigen Massen auf zum Kampf mit der Regierung:

Kampf mit der Regierung!

## Sofortige Neuwahl des Reichstags!

Der Beratungsantrag der Regierungsparteien wird bestimmt gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Börsen-

Reichsvertriebsminister Braun abgelehnt.

Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) erklärt daraufhin im Namen der Regierungsparteien, daß sie sich an den weiteren Beratungen nicht mehr beteiligen. Sie bleiben jedoch im Sitzungssaal.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über die noch übrigbleibenden Anträge. Der sozialdemokratische Antrag auf Abstimmung der Bedürftigkeitsbestimmungen wird mit den Stimmen der SPD und SVD bei Stimmenthaltung aller anderen Parteien angenommen. Desgleichen wird ein Antrag auf Gründung des Sozialpolitischen Ausschusses, wonach ein kleiner Betrag zur Vereinigung der Bedürftigkeit führen darf, mit den Stimmen von SPD und SVD bei Stimmenthaltung aller anderen Parteien angenommen. Ein völkischer Antrag auf Kläffungserlaubnis bei Anerkennung der Bedürftigkeit findet eine einzige Stimme. SPD und SVD stimmen gegen diesen Antrag. Als letzte Abstimmung findet eine Bestimmung aus dem Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses, wonach die Erwerbslosen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge in der Investitionserweiterung weiterbeschäftigt werden müssen. Annahme durch Abstimmung von SPD und SVD bei Stimmenthaltung aller übrigen Parteien.

Analog Einprägs des Zenitums findet die dritte Sitzung nicht statt. Infolgedessen kommen auch die Entscheidungen nicht zur Abstimmung.

Es folgt nun die Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen den Arbeitsminister. Deutschnationale und Börsen-Regierung halten sich der Stimme. Nur die Kommunisten stimmen gegen den

# Gegen das Wohnungsselbst!

Der Kampf der KPD im Dresdner Stadtparlament gegen Wohnungsnot und Mietzwucher

## Die Wohnungsnot

### Die Profitquelle der Kapitalisten

Eine Million Wohnungen fehlen zurzeit in Deutschland. 4 Millionen Menschen sind ohne genügendes Dach über dem Kopf. Das ist das Gesicht der Daweskolonie, der Hindenburgschule, Deutsches Reich. Und das alles bei einer Arbeitslosigkeit von 2 Millionen. Dazu der Sozialer der Haushalte von Bauhandwerkern. Dazu der Sozialer der Ausländer nach freier Wohnungswirtschaft. Die Gesellschaft, die „neuerlich“ ihre Grundstücks an die Ausländer vermachte, sagt den Teufel danach, ob der Proletarier und der kleine gewöhnliche Mieter die 5% Miete bei „freien“ Wirtschaft ertragen kann, die nach amlichen Berechnungen auf Aufstellung der Zwangswirtschaft notwendig wäre. In Preußen, jordet der Sozialer jetzt 150 Prozent Mietensmiete. An Zinserhöhungen und Gehaltsabstellungen ist nicht zu denken. Nationalisierungsmethoden sind auch auf dem Gebiete der Wohnungspolitik im Gange.

Die Sozialdemokratie sieht ihr Heil in dem „garantierten sozialistischen Sozialismus“, wie er von den Wiener Sozialdemokraten zur Anwendung kommt. Was aber geschieht in Wien? Dort werden fünfzehn Mietshäuser erstellt. Die Kosten für den Wohnungsbau tragen auch in Wien die breite Masse der Arbeiter. Auch in Wien denkt man nicht daran, die großen Wohnungen der Rothschilds und der Cäcilienstrasse zu enteignen. Auch in Wien verzichtet man auf den Sozialen. Auch die Wiener Wohnungspolitik, die von den sozialen Sozialdemokraten als der Ausweg aus dem Elend der Arbeiter angespielt wird, ist nur ein Palastmittelschen und nicht gegeben, das Problem zu lösen.

Seit vor dem Kriege hat die kapitalistische Gesellschaft, sehr geprägt durch das Heim des Arbeiters, es beabsichtigt, wie möglich war, und das dafür einen möglichst großen Teil des Rechts für den Haushalter beansprucht. Der Kampf um Wohnung und Miete ist, wie die Bildung der Mietzonen zeigt, bereits damals schon geführt worden. Durch die Kriegs- und Nachkriegszeit ist die Not der Mieter und Wohnungsselbst, in gleichem Maße aber auch die Profitgier der Haushalter gestiegen. Die Kommunisten haben den Arbeitern bei jeder Gelegenheit mit aller Deutlichkeit gesagt, dass ihre Not nur durch die Bevölkerung des kapitalistischen Staates beseitigt werden können. Die Auffassung kleinbürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker, aus parlamentarisch-konservativer Weise die Lebensfrage der Arbeiter zu lösen, hat sich als irrig erwiesen. Die Behandlung und Verhinderung der Mietzugsnot, die Steigerung der Mieten und die Realisierung auf diesem Gebiete durch die Klassenjustiz bestimmt, dass der Arbeiters immer der Betrogen sein wird.

Der Kampf der Kommunisten im Dresdner Stadtparlament während der verfehlten Legislaturperiode war darauf eingestellt, die Forderungen den breiten Massen an der Hand seines bestellten Forderungen erkennen zu lassen. Wennleich es hier nicht gelang, die freien Forderungen der Haushalter abzuwehren, so hat auch die verfehlte Zeit gezeigt, dass eine Lösung des Problems durch das Parlament unbedingt ist. Der Staat und der Kampf drohte sich im wesentlichen um zwei Punkte: Die Mietpreisbildung und die Wohnungsbefriedigung. Darum hat die kommunistische Partei einen alten und aufreibenden Kampf geführt. Im Januar und in dem Ausklang für Mietpreisbildung war es die kommunistische Fraktion, die mit aller Jähigkeit den Kampf um die Hunderttausende aufgenommen und die Aenderungen der Haushalter abzuwehren suchte. Es war der sozialdemokratische Bürgermeister Ritsche, der das Vorgehen und die Aenderungen der Haushalter erleichterte, indem er plauderte, die Mietzugsnot als erträglich hinzustellen und ihren Wert mit dem „eines Bierseitens Wurst“ zu bestimmen. Er war es, der den Haushaltern die Worte in den Mund legte, dass die Nachkriegsmieten im Vergleich zu den Friedensmieten „bedenklich“ seien. Mit dieser Unterstüzung stand es den Haushaltern, allmählich zur volien Mietensmiete zu kommen. Die Reichsregierung machte dies Selbst an die Haushalter zur gleichen Zeit, als der demokratische Finanzminister der Industrie 500 Millionen Liederneuerung. Der sozialdemokratische Wohnungsminister Eßner in Sachsen glaubte, noch ein übriges tun zu müssen, und verfügte mit seinen Koalitionskollegen, dass die erhöhte Miete schon vor dem von der Reichsregierung festgesetzten Termin in Kraft treten solle. Die kommunistische Fraktion protestierte in einem Antragsvotum diesen Schändlichkeit. Dabei offenbarte sich die ganze rücksichtlose Haltung des Demokraten Ritsche in besonderer Weise. Er stimmte einem Mietzugsnotgutachten seines Parteifreundes Dr. Ebel zu mit der Absicht, dass den Mietzugsnoten von Ritsche entsprechende Mehrheitsnoten zu Fall zu bringen. Schon früher hatte er sich gegen die kommunistischen Forderungen gewandt, die für die sozialen Grundsätze des Mietzugsnotgutachtens der Mieter forderten und die den Wahlen des KPD-Mannes Eßner auf Vorderung der Zwangswirtschaft im Unterhausbereich eingetragen. In einer Vertreterversammlung des Mietzugsnotgutachtens wurde Ritsche wegen dieser unethischen Haltung des schärfsten Mietherrn ausgeschlossen und durch einen Antrag Schrappe sein Ausschluss aus dem Verein gefordert.

In einem besonderen Antrage wandten sich die Kommunisten gegen die 3. Steuernotverordnung, die mit Hilfe der Sozialdemokraten möglich wurde. Durch die 3. Steuernotverordnung wurde die Last des Wohnungsbauwesens wiederum den breiten Massen aufgedrückt. Bei ihrer Beratung und Verhandlung offenbarte sich die ganze hinterhältige sozialdemokratische Politiker, die im Reichstag für die kapitalistische Regierung und die Ernährungswirtschaft stimmten, um dann im Stadtparlament zu heulen über die ausbeuterischen Maßnahmen der Reichsregierung.

Mit bestem Nachdruck kämpfte die Fraktion für die Befreiung des Mietzugsnotsteuer.

Die die brutalen und rücksichtslosen Steuer ist, die von den Wirtschaften aufgebracht werden muss. Die Kommunisten beantragten bereits im November 1924, die gesamte Mietzugsnotsteuer zum Wohnungsbau in eigener Regie zu weichen. Es gelang ihr jedoch nur, dies für die in den städtischen Großstädten erhobene Steuer durchzusetzen. Im Dezember 1924 stimmte sich die Fraktion mit Unstimmigkeit gegen die hohen Mieten in den Siedlungen, die von den Privatunternehmern erbaut und im Teil mit den Mitteln aus der Mietzugsnotsteuer finanziert werden. Erinnert sei ferner an die Ausdehnung des Reichseldorado, bei dem es die kommunistische Fraktion durchsetzte, dass dieser Herr kein Grundstück, in dem es bis zum zweiten Stock einzugehen, endlich in Ordnung brachte. Nach den Vorlagen des Rates sollten 300.000 Mark für das Freitzen von 57 Wohnungen, 570.000 Mark für die Infanterieschule ausgeben werden. Die Kommunisten beantragten, diese Summen zu Wohnungsbau zu verwenden. Auch das wurde von der reaktionären Mehrheit abgelehnt. Kennzeichnend für die

Sitzung im gegenwärtigen Stadtparlamentkollegium ist die Bebauung des Hauses der Grohmann, das die Mietzugsnotsteuer den Haushaltern „gestohlen“ sei. Deutliche Bravur machen, das ist die Aufgabe der breiten Massen bei den kommenden Neuwahlen.

Miete und Wohnungsselbst! Gewerkeleben! Von den Börslichen, den Haushaltern und all den Bürgerschaften bis zum kleinen Mieter vertreter Betrieb, alles das sind Ausdrucksgruppen vieler kapitalistischer Gesellschaft. Der Haushalter, treu und Wohnungsminister der NSPD, Eßner, zeigt den kleinen Mieter, wohin sie kommen, wenn sie die Leute um Wirtschaft, die KPD wählen.

Darum, Mieter und Wohnungsselbst, Bauarbeiter und Bauhandwerker! Wählt die Vertreter des Ausgebunden!

Gegen Mietzwucher! Für Wohnungsbau!  
Stimmt für Liste 4:  
Schrappe — Siegel — Frau Wettkampf.

## Die Gemeinde als Steuermaschine

Der Parlamentarismus ist für die bürgerlichen Parteien ein Mittel, ihre Absichten vor der großen Masse der Bevölkerung zu verschleiern und sie unter dem Deckmantel der Wirkung von der konsequenten Verfehlung ihrer Interessen abzuhalten. Um Arbeitern und jedem Arbeiter leichter, drückt sich, das aus in der Steuerfrage. Das Bestreben der Kapitalisten geht dahin, auch in der Gemeinde alle Steueraufgaben auf die breite Masse der Arbeitnehmer zu legen und den Staat unter allen Umständen zu schonen. Seit 1924 bekämpft im Dresdner Rathaus eine bürgerliche Mehrheit. Diese hat in den Jahren ihrer Wirklichkeit natürlich diesen oben genannten Absichten in seinem Umfang Gelung zu verschaffen gewollt, unterstützt in allen Fällen von der KPD.

Die KPD versucht bei der Abstimmung der indirekten Steuern durch die Kommunisten als ein Geschenk an das Bürgeramt hinzufügt. Diese Darstellung lösst den Vertrag der SPD am Proletariat auch in der Steuerfrage verdorben.

Die Mehrheit in der Reichsregierung bildete damals die Sozialdemokratie. Mit ihrem Einverständnis wurde der grösste Teil des Geldbedarfes aus den indirekten Steuern geholt. Die Stellung der KPD war ja nur die Folge ihrer Koalitionspolitik mit dem Bürgertum.

Die Koalitionspolitik, die durch die SPD an Stelle des Kapp-Kamptes als Weg zur Errichtung des Sozialismus bezeichnet wird, hat auch in der Steuerfrage ihre Konsequenzen. Im Erfurter Programm wird verlangt:

„Sofortweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Befriedigung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Geldstrafhafungspolitik. Erbschaftssteuer, Haussteuer, steigend nach Umfang des Erbutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Ablassung aller indirekten Steuern, Zolle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Kaste schaden.“

Diesen Grundbegriff hat die KPD ebenso wie das ganze Erfurter Programm preisgegeben. Kautz als Theoretiker des Arbeiterviertels gibt den Reformen in seiner „Sozialistischen Revolution“ die Grundlage zur Koalitionspolitik. Er sagt dort Seite 100 über „Das Stadium des Geldgewichtes“ zwischen den Klassen: „Arbeiterkaste und Bourgeoisie“:

„In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein geordnetes ökonomisches Leben ganz unmöglich.“

Um eine geordnete Staatsverwaltung des kapitalistischen Staates, der alle Laster den Arbeitern aufbürdet zu ermöglichen, musst die Arbeiterschaft nach dem Willen der SPD auf eine „Klassenregierung“, d. h. auf Verteilung ihres Interesses verzichten.

Seite 102 stellt Kautz die Notwendigkeit der Konzessionen an die Bourgeoisie fest, er sagt:

„Gewiss, wenn ich Bündnisgenossen habe, muss ich auf sie Rücksicht nehmen; ich kann niemals deshalb den geplanten Heimat nicht so schwere Bedingungen aufstellen, als ich tue, wenn ich allein ihn besiegt hätte.“

Um mit dem Bürgertum Koalitionspolitik treiben zu können, fiel das Erfurter Programm. Im Heidelberger Programm verlangt die KPD:

„Steuerfreiheit für ein soziales Erziehungsmuseum, Förderung des Massenverbrauchs, Befreiung der Umweltsteuer, Beteiligung der öffentlichen Gewalt am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Gewerbeunternehmungen.“



Bildet die kämpfende Einheitsfront!  
Wählt Delegierte zum Kongress der Weltlichen

Die Forderung: „Zoll mit den indirekten Steuern“, die bereits Laßalle erhob, hat die SPD preisgegeben. Steuerfreiheit für ein Existenzminimum ist für die SPD schon, wenn die Bourgeoisie fast alle Steuern in Form von Zöllen und indirekten Steuern bereinholt. Nicht die KPD macht den Besitzenden Geschenke durch die Ablehnung der indirekten Steuern und Gebäuden, sondern die SPD möchte durch die Bemühung dieser Abgaben immer neue Volks auf die Arbeit und Besitzlosen ab.

Das gleiche Bild, wie im Reich und Staat, zeigt sich in der Gemeinde.

Der kommunistischen Fraktion im Rathaus bleibt es überlassen, ihrerseits im Interesse der Arbeitnehmer den Kampf gegen die bürgerliche Rechtsherr auch auf diesem Gebiete zu führen.

Bürokrat und SPD weiterketten, jeden Winkel in der proletarischen Haushaltung nach Steuermöglichkeiten abzuleuchten.

## Stellung der Fraktion zu den Steuern Die Hundesteuern

Sie ist eine Steuer, bei der die Deutschen nationalen vor allen Dingen verhindern, die Massen der kleinen Leute für sie zu gewinnen.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Fürsorge in erster Linie den Menschen zugute kommen muss, hatte auch die kommunistische Fraktion der Erhebung dieser Steuer zugestimmt.

Die KPD nimmt dieser Steuer zu, weil sie eine Luxus- und Aufwandssteuer ist. Zug- und Wachkunde sollen befreit werden. Außerdem kann der sogenannte Hörieparagraph angewandt werden. (Tauben, Altersschwachen und Kriegsinvaliden erlassen.)

Ausgehend verhindert die kommunistische Fraktion das Menschenmöglichkeit, um die Leute mit grossem Einkommen entsprechend demselben höher zu beladen.

Die kommunistische Fraktion verlangt:

1. Erhebung der Steuern nach der Höhe des Einkommens des Besitzers.

2. Staffelung nach der Zahl der Kinder.

Erste Forderung wird noch heute mit dem Hinweis auf entgegengesetzte rechtsgerichtliche Bestimmungen abgelehnt, darf der Aufstellung der SPD für die Reichsregierung.

Paragraph 8 dieses Gesetzes vom 26. Juni 1922, das am 1. April 1923 in Kraft getreten ist, lautet: „In besonderen Fällen kann das Ministerium auf Antrag einer Gemeinde oder eines Bezirksverbandes von den Bestimmungen dieses Gesetzes bestreiten.“

SPD und Bürgertyp lehnen diese Forderung ab.

Die zweite Forderung ist es, als der Gegenstand der Kommunisten zu hören wurde, von dem Kollegium angenommen worden.

Die kommunistische Fraktion wird es sich zur Aufgabe machen, den Kampf um die Staffelung nach der Höhe des Einkommens des betreffenden Besitzers weiterzuführen.

## Getränkesteuer

Auch diese war das Objekt von Auseinandersetzungen im Jahre. Durch die heutige Getränkesteuer wird im wesentlichen nur getroffen, was von der Kasse konsumiert wird. Selt, Bier und die Getränke, die in den Baus, Schlemmerlokalen und Weinläden, in denen die Biergesellschaft verläuft, verlaufen, unterliegen einer lächerlich geringen Besteuerung im Vergleich zum Preise, der dort verlangt wird. Die höchsten Säfte werden von dem, was der Arbeitermann benötigt, erhoben. Der Kutscher, der zufolge seines Berufes gezwungen ist, sein Frühstück in der Schänke einzunehmen, muss relativ mehr Steuern zahlen, als der Schlemmer, der zur Befriedigung seines Gaumenthels zum Frühschoppen schon seine Flasche Wein oder Selt vorlegt. Gerade ist umgekehrt nicht über die Steuer dadurch, dass sie erhoben wird für alkoholische Getränke, wie Limonaden, Selters usw. Der aufziehende, betende Arbeiter, bei dem Alkohol kontrahiert, wird für seine Befriedigungen noch bestreikt. Die leibigenen Tatsache zeigt, dass es auch hier wieder auf die Plünderung der arbeitnehmenden Klasse abgesehen ist.

## Generalschutzsteuer

Gegenwärtig verhindert der Rat, die Generalschutzsteuer erneut bewilligt zu bekommen. Diese Steuer war vor dem Kriege völlig unbekannt. Sie wurde in der Nachkriegszeit auf Grund der Steuergeleistung des Reiches eingeführt.

Was die Kommunisten bei der erstenmaligen Einführung bestreiten vorbereitet hatten, trat ein. War im Anfang zur Gründung vom Rat erlassen worden, dieselbe sollte niedrig gehalten werden, und wurden dort bei der Einführung 3 Mark für 1000 Mark Brändeinheiten berechnet, so kam der selbe Rat im zweiten Jahre mit einer sechsfachen Erhöhung, also auf 18 Mark für 1000 Brändeinheiten.

Zuletzt verhängt er im Einverständnis mit der SPD das 27. Jägle, also 11 Mark für 1000 Brändeinheiten zu bekommen.

Auch diese Steuer ist eine die Mietzugsnot belastende. Das kommt dadurch am besten zum Ausdruck, dass dieselbe erhoben wird nach der Höhe der Brändeinheiten, die auf dem betreffenden Gelände liegen. Die Höhe der Brändeinheiten richtet sich danach, in welcher Umgebung sich die Gebäude befinden. Diejenigen Viertel, in denen die Industrie stark vertreten ist, werden als der Feuergefahr am ehesten ausgesetzt. Demzufolge lasten auf den dort vorhandenen Gebäuden die höchsten Brändeinheiten. Ein Blick auf die Struktur von Dresden zeigt uns, dass dies die Arbeiterviertel, wie Striesen, Löbtau usw. sind, während die Villenviertel, die sind die Teile der Stadt, wo die Besitzenden wohnen, ganz oder fast frei von Industrieanlagen sind. Es bedeutet also neben der Mietzugsnot eine immer stärkere Belastung der Mieter. Heute noch wird von den Sozialdemokraten gefordert, dass zufolge der Wohnungswirtschaft die Steuer vom Haushalter getragen werden müsse und nicht abwälzbar sei.

Die Haushalter werden verhindern, diese Belastung zum Anreis nötigen Forderungen um Mietzugsnot zu benutzen. Kein Arbeiter wird daran zweifeln, dass der sozialdemokratische Wohnungsminister Eßner die Forderung, wie in der KPD bestreitet, gern erhöhen will.

Doch wenn auch wirklich die Sperrfrist der Reichsregierung, bis 1. April 1927 die Mieten nicht über 100 Prozent zu erhöhen eingehalten wird, so würde doch diese Steuer dann am 1. April 1927 benutzt werden, um die Miete um diesen Prozentsatz über die reguläre Erhöhung hinaus zu treiben. In Bayern und Baden ist heute schon die Miete 100 bis 107 Prozent, und die Anhänger Hitlers spricht schon von 130 Prozent.

Diese Gefahr muss heute schon von der Arbeiterschaft klar erkannt und demzufolge die Steuer abgelehnt werden.

**Wählt bei den Gemeinderatswahlen nur Kommunisten!**



# Arbeiterwort und 9. November!

Der Kreiszeitungsdienst der Arbeiterzeitungen lädt uns zu einem interessanten Beitrag: „Arbeiter feiern mit — diesmal zum ersten Male — den Revolutionstag. Die Zeit liegt noch nicht so weit zurück, daß nicht jeder Einzelne noch daran erinnern könnte. Alle jüngeren Genossen müssen von der Art der damaligen Zeit zu erzählen. Die lebhaft jahrelang mit im „Drei“ lagen, wissen es genau so wie die jugendlichen Genossen, die damals noch mit unerfahrenem Magen die Schulbank drückten. Die Folgen jener schwindenden Jahre 1914/18 haben uns noch heute aus allen Bildern entgegen. Arms- und Beinamputierte schleppen ihre zerstörten Kadaver umher, oft taumeln noch bedauert, gelähmte dann mit Radfahrer behandelt. Kriegsblinde mit Hunden tönen sich durch die Straßen. Der vielen, die noch heute bis zur Unheilsschicht verkrümmt in den Lazaretten schwanden und ihren Angehörigen infolge ihres widerlichen Aussehens nicht gezeigt werden können, ist deswegen gedacht.“

Bis Jahr des grausigsten Mordens, nicht etwa von der Ritter verurteilt, sondern von Menschenhand und Menschenhänden vorbereitet, vier Jahre grauslichsten Hungers und unerträglichsten Elends schafften endlich 1918 den Zustand, der die Menschen in ihrem innersten Wesen austrocknet. Das Menschenleid, das fast vollständig verkrümmt, von rücksichtlosem Willkürismus unterdrückt, erwachte in den Seelen zu Tode gequälter Menschen und eroberte jene Stimmung, die, des Blutzuschusses überdrüssig, dem Storchen ein Ende machte.

Wir wollen uns am diesjährigen 9. November nicht erzählen, was im Jahre 1918 geschah, sondern wir wollen uns fragen: Was wurde aus den Ideen, die 1918 alle Throne und Thronen in Deutschland bestürzt? Wurde die damals erkannte Republik zu einer Staatsform, die den niederen Volksmassen ein ehrliches, ein menschliches Erdenasein schenkte? — Und das müssen wir leider sagen: Nein, nein, nein! — Die Arbeiterschaft hat genau noch solche Not, ja, vielleicht noch größere als früher. Ein Herr der Arbeitsschlaf ist entstanden, das auch die noch in Arbeit Stehenden zur Ohnmacht verdammt. (Wer sich nicht fühlt, fliegt — ist die Parole des Unternehmers — drohen sieben andere, die herein wollen.) Die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft geschieht weit rücksichtsloser als ehemals (Nationalisierung). Alles arbeitet ihm, die Söhne sind vorbehaltlosmäßig weit weniger als früher die Arbeitsverhältnisse entsprechend schlechter. Alles, ganz zum Trotz ist das Volk geworden.

Und wie steht es am politischen Horizont aus? — Noch schlimmer. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hat uns deutlich gezeigt, welcher Geist noch immer der nochsteht. Doch ich hoffe für Jahr Erhöhungen der Reichsmehrsatz als möglich machen, daß die Soldaten spielerisch die Reichswehr von Jahr zu Jahr vorziehensicher machen, daß Monopol und wilhelminische Ordenstrümmer sich wieder breit machen, daß die Wehrmachtmäuler frühere Prinzipien vernehmen könnten, daß man ihnen wieder Quartier mieten will. Rückkehr Wilhelms des Ausreißers, das ist natürlich nur der Herr Hindenburg zu danken.

Die gegenwärtige politische Situation ist nicht dazu angehalten, den Tag der Revolution allzu fröhlich zu feiern. Doch zu viele unserer Brüder blieben unerfüllt. Trotzdem ist der 9. November ein Märkten in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Besonders uns die jungen eintrittsverhältnisse, der Tag freudig zu grüßen, so soll er uns dazu veranlassen — eingehen der damaligen Rote und im Hinblick auf die bevorstehenden sicher starker Kämpfe —, ein erneutes Treffen für den Kampf um die Befreiung des Proletariats abzuhauen.

Auch wir Arbeitersportler wollen an diesem Tag geladen als wichtigster Teil der Arbeiterbewegung immer bereit zu sein, wenn es gilt, errungene Positionen gegen jede Reaktion zu verteidigen oder neue Vorstände auf dem Wege zum Sozialismus zu unterstützen. Arno Kubitschek.

Die kommenden Gemeindewahlen geben den Arbeiterspartei die Gelegenheit, diesem Willen Ausdruck zu geben durch

Wohl der Vertreter der Kommunistischen Partei

## Leben und Treiben der Arbeiterschaft Leningrads nach Arbeitsschluß

Von H. Scherbäum, Esperantist.

Es ist nicht von der Hand zu leugnen, daß die Sowjetregierung alles daran setzt, um den Analphabetismus auszurotten. Die Bemühungen sind mit Erfolg gekrönt. Nach Mitteilung des Kulturlamites für das Leningrader Gouvernement lag jetzt nur noch 25 Prozent Analphabeten. Wie war dies in dieser Zeit möglich? Wir hatten Gelegenheit, alle Bildungsanstalten zu besuchen, die Arbeiterclubs waren auch für uns offen.

In Leningrad besuchten 300 Arbeiterclubs. Dieselben sind vorzüglich eingerichtet. In ihnen findet jeder Arbeiter Befriedigung seiner Bildungswünsche. Die Vokalstimmen sind geradlinig, literarische Zeitschriften, Aufklärungschriften usw. liegen aus. Jeder Club besitzt eine umfangreiche Bibliothek, zwei Kartotheken werden bei benötigtem benutzt. Für die Schachspieler sind eigene Zimmer vorhanden. Beachtenswert ist, daß auch gleichzeitig die Sportclubs ein Sitzungszimmer mit Landwirtschaftsausstellung für die Bauern eingerichtet haben. Der Besuch von Bauern war rege.

Ein besonderes Interesse für uns war der Besuch des Klubs der „Kritik Zeitschrift“. Dieser Club besitzt eine lebhafte Zeitung. Es sind dies Genossen und Genossen, welche mit wissenschaftlichem Geiste die politischen Ereignisse, sowie auch andere Themen theatralisch darstellen. Nachfolgend vertraulich die Darstellung der Völkerbundentschließung um die vielbestrittenen Sätze.

Der Leningrader Zentral-Schachclub steht einzügig in der Welt da, zählt er doch nicht weniger als 20.000 Spieler. Unter ihnen sind wahre Meister dieser Kunst. Sein Präsident, Gen. Kochkin (zugehöriglich lernt er immer noch auf der Schachuniversität in Leningrad), spielte vor kurzem 8 blonde Partien, davon gewann er 4, die beiden anderen waren Remis. Nachher wußte er noch alle Jüge. Der Club luderte 10 bis 15 Schachspieler Ostpreußens auf, mit Spielern der 3. Klasse ein Turnier auszuführen.

Der Sport steht auch in voller Blüte. Fußballdomänen gibt es in Leningrad 700. Jede Gewerkschaft besitzt für seine Mitglieder ein Bootshaus. Überall entlang der Rewa haben wir vorzügliche Yächer mit vielen Außenbooten. Das Bootshaus für die Regatta war noch im Bau, ist aber jetzt fertig; bei unserem Besuch wurden nur die letzten Arbeiten ausgeführt.

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) selbst

und spart bis zu 100 Prozent gegenüber fertig gekauften Likören. Empfehlung 100 verschiedene Sorten Likör, Rum und Weinbrand.

96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1,40 billiger wie Reihe-Essenzen

Verkaufsstelle von Max Struba, zur Weltmeisterschaft.

Preis per 1 Liter Mk. 5,50

Qualitative Flasche. Postversand nach allen Orten gegen Nachzahlung. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität.

Dresden-A 1 Fernruf: 28195

## Plakatschlag!

Parteigenossen! Aus allen Orten des Bezirkes Ostsachen laufen die Meldungen ein, daß die zum Gemeindewahlkampf angestrebten Plakate abgerissen oder überklebt worden sind. Wir erlauben deshalb unsere Parteigenossen für genügenden Schutz der Plakate Sorge zu tragen!

Die Schwimmhalle ist nun fertiggestellt. Ein Stadion von 450 Meter Ausmaß ist fertiggestellt. Die Fußbautribüne fügt 6500 Personen. Geplant ist, dieselbe für weitere 1000 Personen zu erweitern. Das ehemalige Justizschloß des Jarzen dient nun der Friederichstadt, das ehemalige Segelsport zu betreiben. Es liegt am Hinterlande auf einer Insel. Selbstige ist bestimmt, Sportgelände zu werden. Ein großes Problem für Volksgesundheit. Wer kennt den russischen Spottkern Glouben, laden wir ja mit welcher Ausprägung sie die schon bestehenden Analogien noch für die Zeit fertiggestellt hatten.

Ein eigenes Kapitel hält die Sonnabagsbeschäftigung der Industriearbeiter vor. Alljährlich veranstalten die Fabrikarbeiter Karneval, in die herrliche Umgebung Leningrads. Ich hatte Gelegenheit, an zwei solchen Ausflügen teilzunehmen, und zwar nach Nekta und Pawlowo. Unvergänglich werden mir diese Tage bleiben. Nun wird mir klar, warum das gute Unternehmen in den Fabriken herrscht. Hier lernt man sich kennen hier wird man jung. Ungezwungen tummeln sich Jung und Alt in perlbelebten Spielen und Tänzen. Eigene Fabrikklappern liefern die fröhlichen Weisen. Eigentlich durfte es uns, als sich das Bild darunter gestaltete, indem erfahrene Rotarmisten und Matrosen sich an dem Spiel beteiligten. Niemand nahm Notiz davon; es war bei ihnen eine Selbstverständlichkeit. Neuerdings fragten wir nun und erhielten zum Dank für unsere Besiegung mittelloses Lächeln wegen unserer Ruheit. Bekannt haben wir uns an und doch an unter „Vaterland“, wo untere Bevölkerung in der Armee. Sieh also, auch mit uns sich eins fühlen, nur der Unterschied ist: in Russland Kinderschwanzeln und bei uns perlbelebten Spielen und Tänzen.

Einfach die Ausflüge werden auch die ehemaligen Rotarmisten belieben. Selbstige dienen entweder als Sanatorien für die Arbeiterschaft, als Kinderheime, einige sind auch als Museen der Nachwelt überlassen. Hier wurde uns gesagt, wie es diese Leute verstanden haben, sich die Identität beide des Landes auszuladen und sich als Menschen ein übernatürliches Leben von Freuden und Genüssen zu schaffen. Man muß ein Rütteln sein, um all die Pracht in diesen Schlössern durchschauen zu können.

Wie doch sofort an unseren vergangenen Volkseventhöldung und die 100 Schlösser, wie träumten über gleiche Verwendung. Die russischen Genossinnen waren tatsächlich genug, uns aus diesem Gedankengang zu reißen, uns fragten, was denn mit unseren Schlössern werden wird, ob die deutsche Arbeiterschaft noch nicht genau ausgeheult werde, um endlich zu begreifen, wo der junge Weg besteht. Besonders konnten sie dann das ungünstige Gefühl, als wie ihnen über den Terror während des Volksentschlusses im demokratischen Deutschland erzählt, welcher sogar Sibirische zur Folge hatte.

Zu schnell verschlagen die Stunden, mährabwischen Freundschaften geschlossen wurden, welche dienen sollen, um das Band zwischen der deutschen und russischen Arbeiterschaft fester zu ziehen und somit das Lügengewebe über Sovjetrussland zu zerreißen.

## Drei Monate verboten!

Jetzt ist

## Der Knüppel wieder da!

Aufgang November erscheint die neue

Nummer

Dreitägig

Preis:

20 Pfennig

Das radikal-satirische Arbeiter-Witzblatt



## den Knüppel

Zu bestellen durch alle Buchhandlungen, Literatur-Stellen und Obdach oder direkt durch die Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Berlin SW 61, Pianuffer 17



## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Beratungsstelle Meißen.

Mittwoch, den 10. November 1926, abends 7,00 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses

## Hauptversammlung

### Tagesordnung:

1. Die allgemeine Lage und die Gewerkschaften.
2. Wahl von 3 Delegierten zur Beiratskonferenz.
3. Abrechnung vom 3. Quartal 1926.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Im Eingangsbereich ist das Mitgliedsbuch oder der Gewerkschaftskontrolleur vorzulegen, ohne Ausweis kein Zutritt.

Jährliches Beirat erwartet Die Preisverwaltung

## Morgen Donnerstag

Sprechen in Radeberg im „Schützenhaus“ "Vorstandsvorstand Dr. Schmitz und Stadtverordneter Eiche über

## Die Arbeiterschaft und die Stadtverordnetenwahlen

### Fußballsport

#### 1. Klasse:

DSB-Spieler 0:1 1:0 (1:0). Die 0:2er waren bei weitem nicht so schlecht, wie das Resultat besagt.

DSB 1:0 1:5:3 (2:2). Durch zwei Torschüsse ging DSB in Führung. 0:1 fiel durch Handelsmotor und Hornbach aus. Nach Halbzeit unverändertes Tempo. 0:1 fand nicht verbrechen, daß DSB noch zwei weitere Tore erzielt, denn 0:1 mit Schlußpfiff den Schlussstreit anrechnet.

Eintracht 1:0 Radebeul 0:1 (1:0).

Radebeul Romb.-Röhrsdorff 0:1 (1:0).

#### 2. Klasse:

DSB 15-Coswig 1:3:0 (1:0). DSB leicht überlegen. Endete in der ersten Viertelstunde erfolgreich sein. In der zweiten Hälfte wurde Coswig in die eigene Spielhöhle gedrängt. Der gute Torwart von Coswig behielt seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage.

Kleinnaundorf 1:0 Eintracht 1:1 (1:1).

Radebeul Romb.-Röhrsdorff 0:1 (1:0).

#### 3. Klasse:

Kleinnaundorf-Burg 4:4; 0:1-Eintracht 4:0.

#### Jugend:

Eintracht 1-Heidenau 1:0; Friedrichstadt 1-Süd 1:0; DSB 15-1-Löbau 1:0; DSB 15-2-Wurgwitz 1:1; Kleinnaundorf 1-Großnaundorf 1:0; Radebeul 3-Röhrsdorff 2:3; Radebeul 4-Döhlen 1:2; Radebeul 5-Kötzschenbroda 3:3; Radebeul 4 gegen Kötzschenbroda 3:3; Coschütz 1-Schöna 2:1; Coschütz 2-1-Eichigt 2:1; DSB 4-Friedrichstadt 2:0:8.

#### Schüler:

Eintracht 1-Heidenau 1:0; DSB 1-Süd 1:0:1.

Auswärtige Resultate: Bezirk Chemnitz-Sport, Schönau-Eintracht Mittweida 0:2; Böhl 1-Sachsen 0:1.

Wintersport. Der Tropenfestival in Johannstadt beginnt am 10. November 7 Uhr in der Turnhalle der 37. Volksschule, Johannplatz, Kurzgärtel. Gen. Starke, Kurz. Dobau, Herbststraße, am 10. November, abends 8 Uhr im „Festhaus“, Voitwitz, Grundstraße. Monatsversammlung mit Vortrag über Frauenfrankheit und die biologische Bedeutung, von Frau Else Schulte, Dresden. Gäste willkommen.

Kreis für Volksgesundheit, Voitwitz und Umg. Mittwoch, den 10. November, abends 8 Uhr im „Festhaus“, Voitwitz, Grundstraße. Monatsversammlung mit Vortrag über Frauenfrankheit und die biologische Bedeutung, von Frau Else Schulte, Dresden. Gäste willkommen.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr abends im Rathaus „Zur Hopfenblüte“ in Burg statt. Wer sich biologisch behaupten lassen will, kann dies hier billigst haben. Erwerbstiere und Invaliden frei.

Kreis für Volksgesundheit Freital. Heute abend findet von 8 bis 10 Uhr beim Genossen Alfred Müller, Freital-N, Voitwitz, 71, biologische Beratungskunde statt. Donnerstag, den 11. November, findet dieselbe von 7 bis 9 Uhr ab

## Amtliche Bekanntmachungen

### - Heidenau -

**Stadtverordnetenwahl**  
in Heidenau einschließlich des Nummern- und  
Schloßbezirks Schölkopf.

Die Stadt Heidenau ist für die am  
Sonntag, den 14. November 1926, von vorm. 9 Uhr bis  
nachm. 6 Uhr  
stehende Stadtverordnetenwahl in 9 Wahlbezirke eingeteilt. Es gehören auf:

1. Wahlbezirk  
im Stadtteil Alt-Heidenau (nördlich der Bahn): Bischofsstr.,  
Dürerstr., Erich-Karls-Str., Friedensstr., Georgstr., Haupt-  
straße Nr. 67–103, Kärtner-Str., Minnastr., Orla-  
strasse, Schölkopf-Str., Uhlandstr., Vitzthumstr., Waldstr.,  
Wahlraum: Pestalozzischule.

Wahlvorsteher: Schölkopf Walter Höhne.

Stellvertreter: Kaufmännischer Friedrich Förschner.

2. Wahlbezirk  
im Stadtteil Alt-Heidenau: Dohnaer Str., Fröbelstr., Gabels-  
bergstr., Hauptstr. Nr. 2–58, Johannestr., Kümmelstr., Margaretenstr., Martin-Luther-Str., Schillerplatz, Schiller-  
straße.

Wahlraum: Pestalozzischule.

Wahlvorsteher: Leiter Max Erdahl.

Stellvertreter: Maurerpolier Max Wolf.

3. Wahlbezirk  
im Stadtteil Alt-Heidenau (nördlich der Bahn): Albertstr., Co-  
rollestr., Johannstr., Naumannstr., Perner Str., Schiebe-  
straße.

Wahlraum: Ratskeller.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter Karl Mann.

Stellvertreter: Obersteuerinspektor Albin Humpo.

4. Wahlbezirk  
im Stadtteil Mügeln: Bahnhofstr. Nr. 23–36, Dresdener Str.  
Nr. 1–58, Heinrichstr., Kärtner, Mühlstr., Poststr., Ober-  
graben, Villacher Str., Rathausstr., Wiesestr., Elbstr.,  
Wahlraum: Goetheschule.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter Emil Schemmel.

Stellvertreter: Postassistent Otto Haase.

5. Wahlbezirk  
im Stadtteil Mügeln: Bismarckstr., Höckelstr., Bahnhofstr. 3–15,  
Ringstraße.

Wahlraum: Goetheschule.

Wahlvorsteher: Leiter Max Israel.

Stellvertreter: Baumeister Alfred Demmler.

6. Wahlbezirk  
im Stadtteil Mügeln: Friedensstr., Dresdenner Str. Nr. 67–105,  
Gäßchenstr., Heinmannstr., Kreuzstr., Mittelstr., Molkenstr., Ro-  
ngasse, Nr. 1–32.

Wahlraum: Goetheschule.

Wahlvorsteher: Gewerkschaftsbeamter Gustav Müller.

Stellvertreter: Lehrer Ernst Ludwig.

7. Wahlbezirk  
im Stadtteil Mügeln: Altfritz, Ferdinandstr., Güterbahnhofstr.  
Nr. 1 bis mit 25, 26 und 28 (die übrigen Grundstücke gehö-  
ren zum 8. Wahlbezirk – Stadtteil Gömmern –), Kö-  
nigstr. Nr. 33–50, Heinestr., Magistr., Meuschaer Weg, Mühl-  
strasse, Teichstraße.

Wahlraum: Goetheschule.

Wahlvorsteher: Lehrer Ernst Richter.

Stellvertreter: Fabrikarbeiter Paul Weber.

8. Wahlbezirk  
im Stadtteil Gömmern: Bergstr., Dorfplatz, Gartenstr., Groß-  
schauder Str., Güterbahnhofstr. Nr. 27, 29, 30–60, Rückweg,

Vorzugskarten außer Sonntag gültig!

### Nähmaschinen

Im Morgen für Haus  
und Gewerbe verkauft  
gegen 3-Marl.-Wochenraten

Das Wunder  
ohne jede Anzahlung.

Offerten unter R. 110 an  
durchblättern dieses Blattes.

### Mifa — Urania

u. Spezial-Fahrräder - günst.  
Bedingungen, billige Preise

Lehmann, Tharandter Str. 72

Hermann Müller, Inh. Karl Heinecke

Freital-P., Inh. Dresden Str. 88, Tel. 813

Reisungsgesellschaft „Mifa“

Autos- und Lastfuhrwerk

Schleicher, Fahrzeuge, Brückenbau, Betriebs-,  
Kurb., Holzkisten, Brennholz

Stahlbau, Schleicher, Brückenbau, Betriebs-,  
Kurb., Holzkisten, Brennholz

# Für die Gemeindearbeiter

Die KPD-Fraktion im Dresdner Stadtparlament für die

Interessen der städtischen Arbeiter, Angestellten u. Beamten

## Der Kampf um den Wahlkundtag.

So wie die kommunistische Fraktion im Dresdner Stadtparlament die Interessen aller Werktätigen vertreten hat, so gelangte sie auch einen energischen und zähnen Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im Frühjahr des Jahres 1924 glaubte der Arbeitsgemeinschaftsländer der städtischen Arbeiter und Angestellten in bezug auf Arbeitszeit und Lohnleistungen mit den Bedingungen, wie sie von den Großkapitalisten der übrigen Arbeiterschaft aufgestellt waren, in Einklang bringen zu können. Die kommunistische Fraktion verlangte im März mit einem Antrag, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter nur acht Stunden betragen dürfe.

Das Stadtparlament folgte trug diesem Antrag nicht Rücksicht. Die städtischen Arbeiter waren gezwungen, mit ihrer Organisation den Kampf gegen den Arbeitsgemeinschaftsländer fortzuführen, bis im Herbst 1924 das Reichsarbeitsministerium durch Schiedspruch den Gemeindearbeitern die 8-Stundenarbeitszeit bestätigte. Weiterhin troten Verhandlungen in der Bezahlung von dienstamtlichen Sonntagen und Wochenenden ein. Die kommunistische Fraktion verlangte, daß der Schiedspruch für die städtischen Arbeiter in Dresden nicht zur Anwendung kommt. Der Rat versuchte, diesem Antrag nach Beendigung auszuweichen. Nach neuen Verhandlungen zwischen dem Arbeitsgemeinschaftsländer und den Gewerkschaften wurde unter dem Druck der kommunistischen Fraktion die von der KPD gestellten Forderungen bewilligt. Im Mai 1925 verfasste der Rat, als städtischen Arbeiter als Streikbrecher zu missbrauchen. Anlaß des Streiks der Steinleger und Kammer sollten die städtischen Arbeiter als Lohndrücker benutzt werden. Die kommunistische Fraktion stellte darauf den Antrag, falls die Unternehmer nicht

winner einer Woche die Forderungen der Steinleger bewilligten, die Stadt die an die Unternehmer vergebenen Arbeiten in eigener Regie durchführen und Steinleger und Kammer einzuhallen sind.

Jahrelang beschäftigten sich die Stadtvorstände mit den Angelegenheiten des Personals der Strafenreinigung. Obwohl in den letzten Jahren eine ganze Reihe Ratsordnungen erlassen ist, hat keine Erhöhung der Zahl der Strafenreinigungsarbeiter ein. Erst unter dem Druck der kommunistischen Fraktion sah sich der Rat gezwungen, Neuerstellungen vorzunehmen.

## Die Ruhelohnsordnung

hat die kommunistische Fraktion wiederholt veranlaßt, im Interesse der städtischen Arbeiter und Angestellten Vorschläge zu unternehmen. Die sächsische Koalitionsregierung verlegte den städtischen Arbeitern eine Ruhelohnsordnung ohne Beitragsleistung. Sie erlangte, daß trotz Beitragsleistung bei Zusatzprämien die Leistung aus der Ruhelohnsordnung die Invaliden- sowohl als auch Unfallarbeiter voll angerechnet werden. Das hat zur Folge, daß der Arbeiter, der seine Beiträge zur Ruhelohnsordnung leistet, mehr erhält, als derjenige, der Beiträge abzahlt. Nach den Richtlinien der Koalitionsregierung für Ruhelohnsordnung soll der Arbeiter seine eingesparten Beiträge nur dann zurückhalten, wenn er nicht die Ursache zur Entlastung gesehen hat, ferner wird verlangt, Unterschiede bei Bewertung der Anteile aus dem Ruhelohn der Invalide. Der Arbeiter soll noch 10 Dienstjahre nur 65 Prozent seines Verdienstes als Ruhelohn erhalten, der Angestellte aber noch 40 Jahren 70 Prozent. Die kommunistische Fraktion verlangte in einem Antrag von der Regierung, die Zustimmung dieser Richtlinien zu fordern. Der Antrag wurde vom Kollegium angenommen. Über die sächsische Koalitionsregierung hat kein Besitz an diesen Dingen. Bis heute ist noch nichts geschahen.

## Für die Saisonarbeiter

Der Stadt Dresden wurden von der KPD-Fraktion verschiedentlich Anträge gestellt und gefordert, daß der Lohn für die Saisonarbeiter genau wie den übrigen Gemeindearbeitern gewährt werde, und daß die Leistungen nach dem Reichsnormativen für die Gemeindearbeiter auch auf die Saisonarbeiter Anwendung finden. Die Kommunisten forderten außerdem als Zugelassene für die immer wiederkehrende Erwerbslosigkeit die Zahlung eines höheren Stundenlohnes. Erreicht wurde dadurch, daß den Saisonarbeitern die Gemeindearbeiterlöhne mit den sozialen Zuschlägen für die Frauen und Kinder gewährt wurden und daß ferner die Bezahlung der Regentage und die Bezahlung des Lohnausfalls bei kurzen Arbeitspausen, Gründung von Lohnausfall bei Krankheit auf die Dauer von sechs und bei Unfall auf die Dauer von 20 Wochen erfolgte. Unter dem Druck der kommunistischen Fraktion sah sich der Rat gezwungen, über 2000 Arbeitern Arbeitsmöglichkeit in den

öffentlichen Betrieben zu schaffen. Durch die von den Kommunisten gestellten Anträge wurde der Rat gezwungen, den städtischen Arbeitern zur Bezahlung von Winterwochenlöhnen zu gewähren. Der Initiative der Kommunisten ist es zu verdanken, daß von diesen Verhältnissen den ständigen und den Saisonarbeitern 20 Mark erlassen wurden.

So kämpfte die kommunistische Stadtvorstandsfaktion für die Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten. In den Einheitsarbeits- und Lohnverträgen stand die bürgerliche Mehrheit und der Rat gegen die Arbeiter. Wenn die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten eine faire Bezahlung ihrer Interessen im Stadtparlament haben wollen, so müssen sie am kommenden Sonntag ihre Stimme abgeben für die Liste der Kommunisten;

Schapele — Siegel — Frau Weltengel.

## Arbeitskämpfe in der 2. Oktoberhälfte

P.R. Diese Berichtsperiode war von neuen Kämpfen ausgefüllt. Die verzehrten Kämpfe haben größtenteils schon früher begonnen. Die zweite Oktoberhälfte ist zumeist ausgefüllt mit der Fortführung von Verhandlungen und Bewegungen, deren Ergebnis bereits behandelt ist. Diese Verhandlungen sind noch beachtenswerter als die Lohn- und Tarifhandlungen, da sie den Verlauf der einzelnen Kämpfe aufzeigen und die Lehren anzeigen.

## Bergbau:

Der Schiedspruch im sächsischen Steinkohlenbergbau, der eine Lohnerhöhung von 8 Prozent vorsieht, wurde von beiden Parteien angenommen und läuft unfindbar bis zum 31. März 1927.

In der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie haben die Gewerkschaften die Lohnarife zu Ende Oktober gefüllt. Auf Grund dieser Kündigung fanden am 21. Oktober in Halle Lohnverhandlungen statt. Die Arbeiter forderten in ihren Belegschaftsversammlungen 20 Prozent Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Die Gewerkschaftsführer stellten bei den Verhandlungen jedoch nur die Forderung einer Lohnerhöhung um 10 Prozent, sowie die Einsetzung einiger Werke in höhere Lohngruppen. Diese Forderung wurde damit begründet, daß bei erheblich verminderter Belegschaft die Förderung gelungen ist. Daraufhin glaubten sich die Unternehmer veranlaßt, von ihrer "Rottlage" in sprechen und sogar Lohnabzug zu verlangen. Nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten, haben die Gewerkschaften das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat demgemäß die Schiedsentscheidung vorgenommen.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern endeten mit einer geringen Erhöhung der Löhne um 2 Pfennige für die Stunde. Die Erfahrung der Parteien steht noch aus.

Für die Elbmänner Haferkakao wurde folgender Schiedspruch gefüllt: Die durch Schiedspruch vom 29. September 1925 festgesetzte Löhne bleiben weiterhin bestehen, und zwar zunächst bis zum 31. März 1927. Die Arbeitszeitregelung wird bis zum 30. Juni 1927 verlängert.

## Verkehr:

Im Berliner Kohlenhandel wurde ein Schiedspruch gefüllt, der eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig für die Stunde bis zum 31. Dezember 1926 bei verschärfter Zahlung der Überstunden vorsieht.

Für die Berliner Hochbahn- und Omnibusgesellschaft wurde ein Schiedspruch gefüllt. Die Löhne bei der Hochbahn sollen demnach für das technische über 24 Jahre alte Personal um 2 Pf. für die Arbeiter im Kraftwesen um 3 Pf. und für die jüngeren Arbeiter dementsprechend erhöht werden. Bei der Hochbahn wurden die Löhne um einen Pfennig, die Fahrwage von 2 auf 3 Pf. erhöht. Die Gewerkschaften hatten 8 Pf. Fazilität gefordert. Die Funktionäre der Hoch- und Untergrundbahn beschlossen einstimmig die Abstimmung des Schiedspruchs und empfahlen, in der Abstimmung für den Streit zu votieren. Die Abstimmung bei der Hochbahn ergab eine überwältigende Majorität für den Kampf. Der sozialdemokratische Schlichter Wissler führte einen Vergleich herbei, nach dem der gefüllte Schiedspruch befreien bleibt und die Kleiderzulage für das technische Personal eine Erhöhung von 1 auf 2 Pfennig und der Nachzuschlag eine Erhöhung von 8 auf 9 Prozent erfordert. Dieser Vergleich wurde zum Beirat erhoben. Trotzdem auf der nächsten Funktionärsversammlung nur eine Minorität für die Annahme des Vergleichs vorhanden war, wurde von der Verbandsleitung jede Kampfmöglichkeit abgelenkt. Bei der Hochbahn ergab die Abstimmung eine geringe Majorität gegen den Streit, worauf der Schiedspruch angenommen wurde.

Die Verhandlungen mit den Berliner Straßenbahnen endeten mit einer geringen Erhöhung der Löhne um 2 Pfennige für die Stunde. Die Erfahrung der Parteien steht noch aus.

Für die Elbmänner Haferkakao wurde ein Schiedspruch gefüllt, der eine geringe Lohnerhöhung vorsieht. In letzter Stunde haben die Unternehmer den Schiedspruch angenommen und ist somit der Streit beendet.

In der Rheinpfalz führen die Verhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Ergebnis, da sich die Unternehmer weigerten, eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Das Rheinpfalzpersonal, das durch die völlige Ablehnung seiner Forderungen durch die Unternehmer trog günstiger Konjunktur aus, hörte erneut auf, das noch Meldung des Vorwurfs den Deutschen Verfahrbund erhob, alle Vorbereitungen für den Kampf zu treffen. Statt dessen rieten die Gewerkschaften den Schlichter vom R.A.M.E.N. Dieser füllte einen Schiedspruch, der eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent vorsieht. Der gleichzeitig für die Partikularschiffserwerbe gefüllte Schiedspruch sieht dieselben Lohnbedingungen vor, wie bei den übrigen Reedereien. Diese Regelung soll bis zum 31. März 1927 laufen. Die Unternehmer lehnten auch diesen Schiedspruch ab. Der Reichsarbeitsminister lehnte daraufhin neue Einigungsverhandlungen an, soll, wie es meinten bei Ablehnung des Schiedspruchs seitens der Arbeiterschaft gehofft, den Schiedspruch nicht bindlich zu erklären. Die Gewerkschaftsleitung erklärt sich bis dahin zur Unterlassung jeder Kampf vorbereitung bereit.

Die Entwicklung dieser Lohnbewegung hinterläßt den Anschein, als ob die Leitung des Verkehrsverbundes ihr schändliches Verhalten im Hamburger Hafenarbeiterstreik zur allgemeinen Taktik und Strategie der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe erhoben hat. Das Abwarten der Verbindlichkeitserklärung völlig ungünstiger Schiedsprüche hat gerade im Verkehrsgewerbe Schule gemacht. In den letzten Tagen war dies besonders im Berliner Verkehrsgewerbe (s. oben) zu bemerken. An dem Rheinpfalzpersonal liegt es, die Leitung des Verkehrsverbundes zu zwingen, energetischer und schneller für die reale Durchführung ihrer Forderungen die Organisationskraft einzutreten.

Das fortgesetzte Kapitalismus des Verkehrsverbundes vor den Schließungsbedrohungen ist geradezu eine Gefahr für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und muß von der Arbeiterschaft entschieden vertrieben und bekämpft werden.

## Selbmann's Haferkakao

Plund Grenadierstraße  
60 Pl. und Filialen

## Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Treffel.

### (55. Fortsetzung)

Wer von den Leuten es ausdrücklich wünschte, könnte sein Geld auch schon heute abend erhalten. Die Leute dankten ihm und flügten nach hinten, so würden zur gewöhnlichen Zeit ihren Platz holen. Nach den Feierabenden wollten sie dann kommen und fragen, ob es etwas zu tun gäbe.

In ganzen mugten zwanzig Arbeiter aussehen, Götzen, Philpot, Harlow und Ted Dawson eingetragen. Sie nahmen die Entlastung schwerfällig hin, ohne eine Bemerkung, manche sogar mit gespielter Gleichgültigkeit, aber nächster machte kaum über den Versuch, eine Unterhaltung anzuhängen. Die wenige Arbeit, die noch zu tun übrig blieb, wurde schwierig verrichtet. Alle quatre die gleiche Vorstellung, der Gedanke an die drohenden Entbehrungen und Röte, die sie mit ihren Familien in den nächsten Monaten erleiden würden. Sie räumten den Platz auf, trugen ihre Handwagen mit Hackenköpfen und Leitern und stromerten in die Landstraße entlang. An der Ecke hielten sie noch einmal an und warfen einen letzten Blick auf ihre "Arbeit".

"Da sieht's nun," sagte Harlow anfliegend, und wies mit der Hand nach dem Hause. "Da sieht's nun, was uns ordentlich machen lassen kann, dann hätten diese Leute wenigstens 4 Monate zu tun gehabt. Und da ist's nun fertig, geschludert, aufgemotzt und gepfuscht in 2 Wochen!"

"Und wir können uns jetzt zum Teufel scheren," sagte Philpot lässig.

Um nächsten Morgen besondert Croak und Schleim die Waschanarbeiten, und Owen schrieb an die Postkarte in goldenen Lettern "Die Höhle" und an die Hintertür "Eingang für Gesäßkleidung".

Währenddessen brachten Sawkins und Bert verschiedene Befehle nach dem Lagerplatz.

Croak, der mit Schleim in der Küche arbeitete, war sehr still und nachdenklich. Solange nun die Arbeit schon dauerte, war er bei jedem Befehl, den Schwitzer dem Hause abstotzte, um sich freizumachen, in der Hoffnung, zum Schluss ein Trümpfe von ihm zu ziehen.

Er hatte kurz aufgepaßt, um jeden kleinen Wunsch des Schwitzers zu befriedigen; er hatte sich die größte Mühe gemacht, um die richtigen Farben zu treffen. Er hatte verschiedene Qualitäten und Kombinationen zusammengestellt, und erst Teile

der Wand gestrichen, damit Mr. Schwitzer sehen konnte, wie die Farben wirkten. Er hörte auf alle Einwände Schwitzers und verzichtete, doch keine Mühe zwieselte lei, wann er nur zufrieden gestellt wäre. Als sich die Arbeit dem Ende näherte, stellte er Berechnungen an über die vermutliche Höhe der Belohnung für 8 Wochen des Kriegens, Schmeichels und widerlicher Dienstfertigkeit. Es war durchaus möglich, daß er ein Pfund belammt. In Abrechnung leiner vielen Mühe würde es nicht zwieselte sein. Mit 10 Pf. könnte er aber bestimmt rechnen: Ein Gentleman wie Mr. Schwitzer würde nicht so unterschätzen, wenige anzubieten. Je länger er darüber nachdachte, um so unwahrscheinlicher wurde es ihm, daß der Beitrag kleiner sein könnte als 10 Schilling. Wie hoch auch die Summe sein würde, er beschloß, gut darauf zu achten, daß keiner von den anderen was erfuhr. Er war es, der sich den Kopf wegen der Arbeit hatte zerbrechen müssen, dran war er allein auch berechtigt, zu nehmen, was nur zu kriegen war. Außerdem würde es auch der Mühe nicht wert sein, wenn man 10 Schilling noch unter zwei oder drei aufteilen sollte.

Gegen 1 Uhr kam Herr Schwitzer und begann seinen Gang durchs Haus, gefolgt von Croak, der einen Kartoffel- und einen kleinen Binsel bei sich hatte, damit es so aussiehe, als wenn er beladen mit dem Rücken kehrte. Er hörte auf, darüber nachzudenken, um so schnell wie möglich die Arbeit wieder aufzunehmen. Wie Schwitzer so aus einem Zimmer ins andere spazierte, stellte sich Croak ihm wiederholte in den Weg, in der Hoffnung, angeholt zu werden. Schwitzer nahm jedoch überhaupt keine Notiz von ihm.

Ein paarmal schlug Croak Herrn Schwitzer schneller, wenn er den großen Mann heimlich bedachte, sich, wie er Daumen und Zeigefinger in die Westentasche stochte. Doch immer zog Schwitzer die Hand leer wieder heraus. Als er schließlich bemerkte, wie Croak ihm wiederholte in den Weg, in der Hoffnung, angeholt zu werden, schwieg er jedoch.

"Wir haben jetzt ein dämmiges besseres Wetter, Herr."

"Ja," erwiderte Schwitzer.

"Ich fürchte schon, es würde uns nicht gelingen, es zeitig genug fertigzubringen, daß Sie noch vor Weihnachten einziehen können," fuhr Croak fort, "aber jetzt ist alles beendet, Herr."

Schwitzer antwortete lächelnd.

"Ich habe noch Ihren Anordnungen, in allen Zimmern die Fenster gebrannt, Herr," nahm Croak nach einer Pause das Gespräch wieder auf. "Jetzt wird alles angezogen und trocken sein, höchstens in der Küche und in der Spülküche, und in den anderen Räumen im Kellergeviert könnte es noch ein wenig feucht sein, weil das Holz hier des Grüns liegt."

"Das Kellergeviert macht ja aber nicht so viel aus, Herr."

\* Volksstückliche Bezeichnung für Schilling.

fuhr er fort, "da halten sich ja doch bloß die Dienstboten auf. Im Sommer wird's auch da ganz nett sein, Herr."

Nach der verächtlichen Art, in der Croak von "Dienstboten" sprach, hätte man kaum annehmen können, daß seine eigene Tochter im "Dienst" war.

"O ja, bestimmt," erwiderte Schwitzer und ging zur Vordertür. "Im Sommer wird es ganz bestimmt trocken sein. Gute Zeit für. Im Sommer wird es ganz bestimmt trocken sein. Guten Morgen."

"Wünsche Ihnen einen guten Morgen, Herr," lagte Croak ihm folgend. "Ich hoffe, die Arbeit gefällt Ihnen, Herr; alles zufriedenstellend, Herr?"

"O ja, ich glaube, es sieht recht nett aus, sieht nett sogar. Es gefällt mir sehr," sagte Schwitzer liebenswürdig. "Guten Morgen."

"Guten Morgen, Herr," erwiderte der Vorarbeiter mit schmerzlichem Lächeln, dem entzückenden Schwitzer.

Croak setzte sich entzückt auf die unterste Treppenstufe, verschmiert von dem Ruin seiner Erwartungen.

Als er in die Küche zurückkehrte, deugtigten ihn seine Kollegen lächelnd. Obgleich er keine Hoffnungen auf ein Trümpfe losgeschwungen hatte, waren sie doch sehr entzückt, ihn Teil abzubekommen.

"Wieviel hat er dir gegeben?" fragte Sawkins, gerade aufs Ziel losgehend. "Mir gegeben?" logte Croak. "Gar nichts."

Schleim lachte spöttisch und unglaublich, doch Sawkins hatte nicht Lust, logischimpfen. Er stellte fest, daß er gleicher hätte, wie Schwitzer, dem Croak folgte, beim Betreten des Kimmers Daumen und Zeigefinger in die Westentasche stochte. Doch immer zog Schwitzer die Hand leer wieder heraus. Als er schließlich seinen Bericht zu überzeugen, als er ihm endlich gelang, stimmten sie alle drei überein, daß der alte Schwitzer ein eitelhalter Lump sei, und sie beschwagten den Verfall der guten alten Sitten und Gebräuche.

### 19. Kapitel.

#### Das "Pandorama".

Bermäge eitigen Sparsen und Zusammenhaltens war es Owen und Rosa gelungen, etwas zu einer kleinen Weihnachtsspieler für Freunde zu zaubern, zu den auch Philip und Bert White eingeladen waren. Bert White hatte die Einladung zur Weihnachtsspieler nicht nur angenommen, sondern auch versprochen, sein selbstgemachtes "Pandorama" mitzubringen, um die anderen Gäste zu unterhalten. Das war, wie er erklärte, eine Vorführung, wie man sie sonst bloß im Hippodrom zu sehen kriegt, und er botigte auf ein eigenes Orchester, in Gestalt einer Mundharmonika.

(Fortsetzung folgt.)

# Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden

A

A

**Billig und gut kaufen Sie**

Anzeige u. Arbeitsergebnissen, Arbeitszuschüsse  
für 900 Mark aus bei L. W. Kowalik,  
Dresden-A., Ziegelseite 41, seines Cafés.

**Zigarren-Zigaretten-Tabak**

J. Hofmann, Breite Straße 20 25020

**Wurst- und Fleischwarengeschäft**  
**R. Schumann Nachfolger**

Friedberger Platz 12 25156  
Blauer Laden Blauer Laden

**Restaurant zum Schulgut**

Bier u. Spezialitäten, Kl. Saal u. Vereinsraum  
Ziegelseite 50 25016

**Dörfches**  
**Golf, Dörfle & Co.**  
Friedberger Platz 22/24

**Karl Weise**

Zigarettengeschäft - Woll- und  
Kaufladen Frauenschule 17/19

**Kakao, Schokolade**  
**Kaffee, Tee** 25021

Maria Schellbach, Pilln. Str. 55

**Albert Breitlück**

Lebensmittel aller Art  
Güterbahnhofstraße 25009  
Ecke Ammonstraße

**Richard Schädel**

Leder-Schuhmacherware  
Ammonstraße 31 25134

Bei Abgabe des Invoices 5 Prozent Rabatt!

**Berufs-, Arbeiter- u. Sportbekleidung**  
K. Richard Birn, Ziegelseite 17 25018

**Ring-Drogerie**  
Friedberger Straße 31, Eingang Antonstraße

**Radio**

Specialität: Lautsprecheranlagen, Verstärker - Werkstatt - Hörer für Besitzer - Umbau aller Geräte

**A. Schmidt** **Ingenieur**  
Bekannter Funk-Fachmeister Dresden 1, Ziegelseite 7

Fordern Sie Preisliste und Konkurrenzlisten! 25009

**Bruno Claus**

Verkaufsstellen in Dresden: Leipziger Str. 81, Kurfürststraße 16, Markt-  
graben-Hansstraße 1a, Louisestraße 18, Oppositur 16, Hauptstraße 26,  
Rampischenstraße 7a Freiberg; Obermarkt, Ecke Kaufhausstraße 25020

**Ernst Venus**

2000f. Leinen- und Baumwollwaren  
5 Prozent Rabatt 25001

Hannenstraße 28, Pfeilstraße 25

**Sigaren- und Spirituosen-**  
**Spezialgeschäft**  
**Alfred Mönch**

Schulgutstr. 2, Eing. Büttnerstr. 25024

Lock- und Tabakwaren für Brüderhaus 10  
Farnese 1526/5/25157

**Zigarren u. Tabak**  
in bester Güte 25155  
**Arthur Gocht**  
Ammonstraße 3-2a

**Dustav Hendel Nachfolger**  
Ecke Roess- und Maternstraße 6  
Kaffee und Kolonialwaren 25154

**Schnellbejohlanstalt**  
Otto Reuter, Ammonstr. 29 25175

**Brüder-Drogerie**  
Lock- und Tabakwaren für Brüderhaus 10  
Farnese 1526/5/25157

**Lederhandlung Dötschel**

Oppelstraße 42  
empfohlen auch in Schönheit  
Gütekraft reizende Auswahl

**Gebr. Haubold**

Flaschen- und Großhandlung  
Blumenstraße 43

**Si arrenhans R. Reinhardt & So.**

Günstigste Bezugssquelle für Arbeiter  
Die Fabrik, die Goldberg 25019

**Stifts-Dreieck**

Stiftstraße 1b, am Friedberger Platz

**Fahrradhause Trich auf**

Römerstraße 17 25177  
die günstigste Quelle für Fahrräder u. Zubehör

**La Kornledersohlen** 25114  
vor teilhaft nur Falkenstr. 10  
Alfred Hackel, Lederhdig.

**Leberhandlung Dötschel**

Oppelstraße 42  
empfohlen auch in Schönheit  
Gütekraft reizende Auswahl

**Gebr. Dreiner, Paulsenstraße 37**

Zet. 1526. Kolonialwaren, Spiritus, Zigaretten, Wollwaren, in Röntab. Sack, Isarbr. Röntab. 25155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-509-510-511-512-513-514-515-516-517-517-518-519-519-520-521-522-523-524-525-526-527-527-528-529-529-530-531-532-533-534-535-536-537-537-538-539-539-540-541-542-543-544-545-545-546-547-547-548-549-549-550-551-552-553-554-555-556-556-557-558-558-559-559-560-561-562-563-564-565-565-566-567-567-568-568-569-569-570-571-572-573-573-574-574-575-575-576-576-577-577-578-578-579-579-580-581-582-583-583-584-584-585-585-586-586-587-587-588-588-589-589-590-590-591-591-592-592-593-593-594-594-595-595-596-596-597-597-598-598-599-599-600-600-601-601-602-602-603-603-604-604-605-605-606-606-607-607-608-608-609-609-610-610-611-611-612-612-613-613-614-614-615-615-616-616-617-617-618-618-619-619-620-620-621-621-622-622-623-623-624-624-625-625-626-626-627-627-628-628-629-629-630-630-631-631-632-632-633-633-634-634-635-635-636-636-637-637-638-638-639-639-640-640-641-641-642-642-643-643-644-644-645-645-646-646-647-647-648-648-649-649-650-650-651-651-652-652-653-653-654-654-655-655-656-656-657-657-658-658-659-659-660-660-661-661-662-662-663-663-664-664-665-665-666-666-667-667-668-668-669-669-670-670-671-671-672-672-673-673-674-674-675-675-676-676-677-677-678-678-679-679-680-680-681-681-682-682-683-683-684-684-685-685-686-686-687-687-688-688-689-689-690-690-691-691-692-692-693-693-694-694-695-695-696-696-697-697-698-698-699-699-700-700-701-701-702-702-703-703-704-704-705-705-706-706-707-707-708-708-709-709-710-710-711-711-712-712-713-713-714-714-715-715-716-716-717-717-718-718-719-719-720-720-721-721-722-722-723-723-724-724-725-725-726-726-727-727-728-728-729-729-730-730-731-731-732-732-733-733-734-734-735-735-736-736-737-737-738-738-739-739-740-740-741-741-742-742-743-743-744-744-745-745-746-746-747-747-748-748-749-749-750-750-751-751-752-752-753-753-754-754-755-755-756-756-757-757-758-758-759-759-760-760-761-761-762-762-763-763-764-764-765-765-766-766-767-767-768-768-769-769-770-770-771-771-772-772-773-773-774-774-775-775-776-776-777-777-778-778-779-779-780-780-781-781-782-782-783-783-784-784-785-785-786-786-787-787-788-788-789-789-790-790-791-791-792-792-793-793-794-794-795-795-796-796-797-797-798-798-799-799-800-800-801-801-802-802-803-803-804-804-805-805-806-806-807-807-808-808-809-809-810-810-811-811-812-812-813-813-814-814-815-815-816-816-817-817-818-818-819-819-820-820-821-821-822-822-823-823-824-824-825-825-826-826-827-827-828-828-829-829-830-830-831-831-832-832-833-833-834-834-835-835-836-836-837-837-838-838-839-839-840-840-841-841-842-842-843-843-844-844-845-845-846-846-847-847-848-848-849-849-850-850-851-851-852-852-853-853-854-854-855-855-856-856-857-857-858-858-859-859-860-860-861-861-862-862-863-863-864-864-865-865-866-866-867-867-868-868-869-869-870-870-871-871-872-872-873-873-874-874-875-875-876-876-877-877-878-878-879-879-880-880-881-881-882-882-883-883-884-884-885-885-886-886-887-887-888-888-889-889-890-890-891-891-892-892-893-893-894-894-895-895-896-896-897-897-898-898-899-899-900-900-901-901-902-902-903-903-904-904-905-905-906-906-907-907-908-908-909-909-910-910-911-911-912-912-913-913-914-914-915-915-916-916-917-917-918-918-919-919-920-920-921-921-922-922-923-923-924-924-925-925-926-926-927-927-928-928-929-929-930-930-931-931-932-932-933-933-934-934-935-935-936-936-937-937-938-938-939-939-940-940-941-941-942-942-943-943-944-944-945-945-946-946-947-947-948-948-949-949-950-950-951-951-952-952-953-953-954-954-955-955-956-956-957-957-958-958-959-959-960-960-961-961-962-962-963-963-964-964-965-965-966-966-967-967-968-968-969-969-970-970-971-971-972-972-973-973-974-974-975-975-976-976-977-977-978-978-979-979-980-980-981-981-982-982-983-983-984-984-